



Nominiert für den

des Jahres 2013



für fehlgeleitete Umweltpolitik

Nikolaus Berlakovich, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft stand im Mai 2013 im Mittelpunkt des Medieninteresses. Der Grund: seine Weisung an einen Beamten, in Brüssel gegen ein von der Kommission geplantes Pestizidverbot zu stimmen. Die davon betroffenen "Neonicotinoide" (Clothianidin, Imidacloprid und Thiametoxam), die gegen Maisschädlinge (Maiswurzelbohrer) eingesetzt werden, stehen unter Verdacht, für das Bienensterben mitverantwortlich zu sein. Dies wurde von einem wissenschaftlichen Ausschuss der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bestätigt¹. Darüber hinaus wollte er auch Angaben hinsichtlich der in Österreich verwendeten Menge dieser Pestizide unter Berufung auf das Amtsgeheimnis verweigern². Das führte zu erheblichen Protesten, Rücktrittsaufforderungen, einer Sondersitzung des Nationalrats und einem gemeinsamen Misstrauensantrag aller Oppositionsparteien³. Der "Bauernminister"⁴, "Schutzpatron des Bauernbundes"⁵ oder "Bienenkiller"⁶ wurde als Agrarlobbyist identifiziert.

Im Jahr 2012 setzte sich der Minister dafür ein, den mehr als fragwürdigen Biosprit E10 (Benzin mit 10% Ethanolbeimischung) ein-

zusetzen⁷. Zielsetzung war die Anhebung des Agrosprits am Benzin-Gesamtabsatz in Höhe von 50 Prozent. Die negativen Wirkungen von Agrartreibstoffen sind gravierend: Verknappung von Flächen für Lebensmittelproduktion (und dadurch Preiserhöhungen für Lebensmittel) und Abholzung tropischer Regenwälder, um Palmölplantagen zu pflanzen, deren Öl u.a. Diesel ergrünen lässt. Im September 2013 veröffentlichte Greenpeace eine Studie, wonach sich im heimischen Diesel schon bis zu 60% Palmöl befindet⁸. Bemühungen auf EU-Ebene, den vorgeschriebenen Biosprit-Anteil wieder zu reduzieren, erteilte Berlakovich eine Absage - im Juni 2013 stimmte Österreich im EU-Umweltministerrat dagegen⁹.

Bundesminister Berlakovich hat aber auch wesentlich dazu beigetragen, das Mehrwegsystem bei Getränkeverpackungen weiter verfallen zu lassen. Der Mehrweg-Anteil ging seit vielen Jahren stetig nach unten - von 1994 bis 2009 ist er bei Mineralwasser von 96 auf 18,1 Prozent gesunken, bei Limonaden von 57 auf 14,1 Prozent. Um dem gegenzusteuern entwickelte eine von Berlakovich eingesetzte Arbeitsgruppe das "Ökobonus-Modell", welches im Dezember 2010 präsentiert wurde. Der Anteil der Mehrwegverpackungen von Getränken sollte innerhalb von sechs bis acht Jahren wieder auf zumindest 50 Prozent erhöht werden. Doch Berlakovich lehnte die

¹ <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/130116.htm>

² <http://www.heute.at/news/politik/art23660,874769>

³ <http://kurier.at/politik/inland/misstrauensantrag-gegen-berlakovich-sumsi-gate-eint-opposition/12.373.817>

⁴ <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1398096/Wie-Bienen-Berlakovich-zum-Verhaengnis-wurden>

⁵ <http://www.falter.at/falter/2013/05/07/der-minister-die-bienen-die-chemie>

⁶ http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/543721_Der-Lebensminister-als-Bienen-Killer.html

⁷

http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/3100066/zwei-jahren-zur-haelfte-biosprit_story

⁸ <http://derstandard.at/1378248597080/Palmoel-findet-sich-in-heimischem-Agrodiesel>

⁹ <http://www.format.at/articles/1325/930/360508/berlakovich-biosprit-begrenzung>

Pläne in Übereinstimmung mit der Wirtschaftskammer ab¹⁰. Das ist eine Bankrotterklärung der österreichischen Umweltpolitik.

Abgesehen davon kritisierte der Rechnungshof die Öffentlichkeitsarbeit des Ministers - im Jahr 2010 erschienen 94 Prozent der Inserate des Ministeriums mit einem Bild von Berlakovich ohne wesentlichen Inhalt. Alleine 4,4 Mio. Euro soll die Homepage des Ministeriums gekostet haben. Sehr üppig wurde bei der Inseratenvergabe der ÖVP-Bauernbund bedacht¹¹.

Die Politik des Lebensministerium zeigt eine grundsätzliche Unterordnung der Umwelterfordernisse unter (land)wirtschaftliche Überlegungen, findet NeSoVe, denn auch die Vorgänger von Nikolaus Berlakovich, Josef Pröll und Wilhelm Molterer, haben in diesem Sinne gewirkt. So geht der Verfall des Mehrwegsystems vor allem auf ihre Kappe, denn im Jahr 2000 wurde hier auf eine freiwillige "innovative" Lösung statt auf verbindliche Quoten gesetzt¹².

Auf Anfrage des Netzwerks hat das Lebensministerium keine Stellungnahme abgegeben.



Impressum: NeSoVe, Erdbergstraße 10/37, 1030 Wien, www.nesove.at

¹⁰

<http://derstandard.at/1296696650535/Getraenkeverpackungen-Muehsamer-Weg-zur-Mehrweg-Vermehrung>

¹¹ <http://derstandard.at/1363710265676/Scharfe-Rechnungshof-Kritik-an-Berlakovichs-Ministerium>

¹²

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/390526/Getraenkeverpackungen-Kommt-Pfand-auf-Einwegflaschen>

NeSoVe ist der Meinung, dass die Umweltpolitik des Lebensministeriums auf Profitkompatibilität getrimmt wird und gesellschaftliche Interessen eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Erfahrung konnten wir auch im Rahmen der Diskussionen um einen Nationalen Aktionsplan CSR machen, wo es inhaltlich das neoliberale, von der Wirtschaft propagierte Modell der gesellschaftlichen Verantwortung vertritt: freiwillige Selbstbeschränkungen statt verbindlicher Regeln im Interesse der Bevölkerung, die von demokratisch legitimierten Institutionen festgelegt werden. Daher stehen denn auch Wirtschaftsförderungen im Mittelpunkt des von Lebensministerium und Wirtschaftsministerium gemeinsam vorgelegten Entwurfes eines CSR-Aktionsplanes, welcher im Mai 2013 vorgestellt wurde. Nur am Rande sei erwähnt, dass dabei das als Partner vorgesehene Sozialministerium übergangen wurde. Der Prozess und die inhaltliche Ausrichtung zu diesem Aktionsplan wurden von NeSoVe heftig kritisiert.¹³

NeSoVe hält einen Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik vonnöten. Umweltbelange müssen vor Gewinnaussichten gestellt werden. Darin sehen wir die Verantwortung des Lebensministeriums.

Im Besonderen fordern wir:

- Umfassende Einschränkungen und Verbote von umweltschädlichen (Agrar)chemikalien.
- Eine sofortige Begrenzung des Biotreibstoff-Anteiles an der im Transportsektor eingesetzten Energie auf 5% und mittelfristige Eliminierung von Biotreibstoffen "der ersten Generation".
- Gesetzliche Maßnahmen zur Stützung bzw. Wiederaufbau des Mehrwegsystems (verbindliche Quoten)

¹³

http://www.netzwerksozialeverantwortung.at/media/NeSoVe-Stellungnahme_Draft%20NAP%20CSR_201307.pdf